

Nguyen, Ursula

## **Transformationsprozesse im Hochschulsystem der Sozialistischen Republik Vietnam seit Einführung marktwirtschaftlich orientierter Reformen im Jahre 1987**

*formal überarbeitete Version der Originalveröffentlichung in:*

*formally revised edition of the original source in:*

*Tertium comparationis 4 (1998) 2, S. 91-108*



Bitte verwenden Sie in der Quellenangabe folgende URN oder DOI /  
Please use the following URN or DOI for reference:

urn:nbn:de:0111-pedocs-28853  
10.25656/01:2885

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-28853>

<https://doi.org/10.25656/01:2885>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**WAXMANN**  
[www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

<http://www.waxmann.com>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)

Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft



# Transformationsprozesse im Hochschulsystem der Sozialistischen Republik Vietnam seit Einführung marktwirtschaftlich orientierter Reformen im Jahre 1987

*Ursula Nguyen*

*Humboldt-Universität zu Berlin*

## *Abstract*

Recently transformation processes in the education systems of various societies in transition from plan to market principles have received more attention among comparative educationists. However, besides detailed descriptions of specific national reform programs mainly in Eastern Europe, only few research papers have focussed on the similarities of such transformation processes and related them to the change in other relevant subsystems such as the economy, the socioculture and politics. Based on approaches of the political sciences and system theory the article verifies similarities of the transformations in the higher education system of Vietnam with those mentioned in the literature and places them into the societal context of economic and political change in the country since 1986.

## 1 Einleitung

Seit dem 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPVN) im Jahre 1986 sind verstärkt Anstrengungen seitens der vietnamesischen Führung unternommen worden, die desolante Wirtschaftslage des Landes mit Hilfe der Einführung marktwirtschaftlich orientierter Reformen zu verbessern<sup>1</sup>. Es handelte sich dabei zunächst um die partielle Legitimierung des de facto bereits seit Ende der 70er Jahre entstandenen ökonomischen Hybridmodells, mit anderen Worten der sogenannten „mixed economy“ (Fforde & Vylder 1996). Die Anstrengungen auf diesem Gebiet haben sich nach dem Zusammenbruch Osteuropas und dem Wegfall der sowjetischen Hilfsleistungen an Vietnam weiter intensiviert. Schon bald sind erste Erfolge verbucht worden. So konnte Vietnam mehrere Jahre lang den dritten Platz auf der Weltrangliste der Reisexporteure hinter Thailand und den USA halten und hat sich inzwischen auf Platz zwei vor die USA geschoben, nachdem es bis 1989 noch Getreide importieren mußte (Diehl 1993: 34). 1996 noch erzielte das Land eine durchschnittliche BIP Zuwachsrate von 9,5%. Die Inflationsrate lag 1996 bei nur noch 4,5% und war für 1997 mit 9–10% prognostiziert (Bundesstelle für Außenhandelsinformationen 1997: 7). Ökonomen erklären die Tatsache, daß Vietnam verhältnismäßig unbeschadet von der asiatischen Wirtschaftskrise geblieben ist, damit, daß der Entwicklungsstand des Landes beim Eintritt der Krise noch äußerst niedrig war. So konnte die Asiatische Entwicklungsbank für Vietnam 1998 und 1999 je 5,0 und 6,5%

Wachstum prognostizieren (Südostasien aktuell 1999: 31). Diese Werte sind im Vergleich zu anderen südostasiatischen Staaten weiterhin hoch. Trotz der großen Erfolge bleibt Vietnam bis heute eines der ärmsten Länder der Welt. Etwa 87% der 73,96 Millionen zählenden Bevölkerung sind im Agrarsektor beschäftigt. Eine Bevölkerungswachstumsrate von 2,1% verdeutlicht das Problem der Überbevölkerung, das sich auch im Bildungssektor niederschlägt. Das Pro-Kopf-Einkommen wurde für 1994 mit durchschnittlich 200 US Dollar beziffert und variiert regional außerordentlich stark (Südostasien aktuell 1999: 72). Während des gesamten, bis heute andauernden Reformprozesses hat die Regierung Vietnams immer wieder betont, daß das Ziel der marktwirtschaftlichen Reformen unverändert der Aufbau des Sozialismus sei (Chien luoc 1991: 8). Eines der wichtigsten Motive der Anpassungsmaßnahmen ist das deutliche Bedürfnis der vietnamesischen Führung nach Stabilität und Kontinuität. Die Kommunistische Partei Vietnams hält somit auf politischer Ebene weiter an ihrer Monopolstellung fest.

## 2 Systemstabilität als Hauptmotiv für Reformmaßnahmen

Bei der Untersuchung der politischen Veränderungen in Vietnam wird von zahlreichen Autoren auf den explizit formulierten hohen Bedarf an Stabilität und Kontinuität in der vietnamesischen Führung hingewiesen (Elliott 1993: 83; Pike 1989: 107–128; Arkadie van 1993: 440; Porter 1990: 85; Mare 1991: 164). Hier sind politische Stabilität und Kontinuität, aber auch Einheit und Unabhängigkeit von seiten der Regierungselite vielfach als intendiertes Hauptziel des gesamten Reformprozesses bezeichnet worden. In Anlehnung an Sandschneider (1995) kann festgestellt werden, daß das Zusammenspiel verschiedener auslösender externer und interner Faktoren wie z.B.

- die bis heute nachwirkenden Folgen des Vietnamkrieges,
- eine zunächst starre an der ehemaligen Sowjetunion ausgerichtete stalinistische Politik,
- die Nord-Süd-Problematik Vietnams nach der Wiedervereinigung 1975,
- das US amerikanische Wirtschaftsembargo und die daraus resultierende internationale Isolation,
- der kriegeerische Konflikt mit dem Nachbarland Kambodscha und die darauf folgenden Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik China,
- die großen Flüchtlingswellen (Boat people) sowie
- der Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 und das damit verbundene Ausbleiben sowjetischer Hilfsleistungen (Fritsche 1991),

das systemische Fließgleichgewicht zunehmend außer Kraft gesetzt und den Bedarf an Systemanpassung an die veränderten Gegebenheiten als Reaktion auf dysfunktionale Irritationen verdeutlicht haben. Turley zufolge wurde der Grundstein für diese Systemanpassung bereits gelegt, als in vielen nordvietnamesischen Gemeinden aus der Not heraus, den Luftkrieg der Amerikaner bis 1973 zu überleben, Notbehelfsmethoden insbesondere in der Landwirtschaft eigenmächtig, d.h. ohne zentrale Direktive oder Genehmigung eingeführt wurden (Turley 1993: 6). Vor diesem Hintergrund kann das „Doi Moi“-Paket von 1986 auch lediglich als eine nachträglich legalisierende Reaktion der Führung auf eine in der Gesellschaft vielerorts längst etablierte Situation betrachtet werden (Fforde & Vyllder 1991: 1). Vizepremier Vo Van Kiet bestätigte 1990 die Tatsache, daß die vietnamesische Führung kein explizites Reformmodell verfolge, was David W.P. Elliott zu dem Schluß kommen ließ: „Clearly practice is driving ideology and not the reverse“ (Elliott 1993: 72).

Unterschiedliche Wissenschaftler haben in diesem Zusammenhang die vietnamesische Führung in bezug auf ihre aktive Reformkraft und Kontrolle als schwach bezeichnet (Arkadie van 1993; Mare 1991: 176), und selbst von vietnamesischen Wissenschaftlern wird bestätigt, daß die anfänglichen Reformen im Stil eines „Laissez-Faire“ Modells zugelassen worden seien, und daß staatlicherseits erst nach dem 6. Parteitag aussagekräftige, regulative Reformdokumente verabschiedet worden seien (Vu 1994: 203 ff.). Mare erläutert die Erosion der politischen Legitimation der vietnamesischen Führung sowie die fehlende Reformzielintegration anhand von geschwächter Effektivität der zentralen Führung an drei Fronten. Probleme gibt es demzufolge zum einen aufgrund der lang andauernden kriegesischen Auseinandersetzungen, zum anderen wegen der radikalen sozialistischen Systemtransformation nach der Wiedervereinigung des Landes 1975 und schließlich auf dem Gebiet der ökonomischen Entwicklung

„Associated – part cause and part effect – with this triple and contradictory regime profile is a collegial leadership style and an overwhelming emphasis on regime continuity and stability ...“ (Mare 1991: 164).

Traditionell begründet sich der hohe Wert, der politischer Stabilität beigemessen wird, unter anderem aus der konfuzianischen Bildungs- und Staatsphilosophie aber auch aus früheren Harmoniekonzepten, die bereits innerhalb der Prinzipien Am und Duong (Yin und Yang) sowohl individuell als auch gesellschaftlich zum Tragen kommen. Pfeiffer hat in einer Untersuchung zum vietnamesischen Demokratie- und Politikverständnis festgestellt, daß Politik in Vietnam traditionell „als Mittel zur Herstellung eines Zustandes der uniformen, möglichst konfliktfreien Homogenität der Gesellschaft“ verstanden wird (Pfeiffer 1992: 354). Die grundlegenden Überlegungen der vietnamesischen Führung kreisen nach Pike einerseits um die Herstellung und Erhaltung nationaler Unabhängigkeit und andererseits um die Sorge eines erneuten Verlustes der politischen Souveränität des Landes (Pike 1989: 110–112). Darüber hinaus nennt Pike drei fundamentale Faktoren, die den Wandel in Vietnam und die dortige Führungsstilentwicklung bestimmen: (1) ein unterschwelliger Traditionalismus, (2) der geographische Regionalismus und (3) der hohe Grad an Geheimhaltung innerhalb des politischen Führungsstils. Anhand dieser Konstellation wird verständlich, welche Gründe die Kommunistische Partei Vietnams (KPVN) dazu bewegen, weiter das Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft verfolgen zu wollen. Politische Stabilität und Kontinuität sind unerlässlich für die angestrebte, aufholende wirtschaftliche Entwicklung, die Reintegration in die Weltgemeinschaft und nicht zuletzt auch für die politische Legitimation der Kommunistischen Partei Vietnams selbst (Bürklin 1993: 215; Goodman 1995: 96). Dies erscheint sowohl mit Blick auf die „Vier kleinen Tiger“ der Region als auch mit Blick auf Zentral- und Osteuropa eine durchaus von vietnamesischer Seite wahrgenommene Lehre zu sein.

Williams (1992: 84–89) formuliert fünf größere Unterschiede des vietnamesischen Reformprozesses im Vergleich zu den Transformationen in Osteuropa, China, Nordkorea und Kuba:

- die noch nicht lang zurückliegende Erfahrung des Befreiungskrieges gegen ausländische Invasoren und die führende Rolle der Kommunistischen Partei in diesem Kampf gäben dem Regime Legitimation und nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung (Unterschied zu Osteuropa);
- der Wille zu ökonomischen Reformen sei von der Führung seit langem (1979) demonstriert worden (Unterschied zu Osteuropa);
- für Vietnam sei die Teilhaberschaft am südostasiatischen Wirtschaftsaufschwung möglich und das Land habe historisch weniger Probleme mit der Öffnung gen Westen gehabt als z.B. China;

- in Vietnam habe es seit dem Tode Ho Chi Minhs 1969 keine personal-betonte Führung gegeben, sondern vielmehr sei das Land von einem Kollektiv regiert worden, das sich durch seine Beteiligung am Befreiungskrieg seit langem kenne (im Unterschied zu Nordkorea und Kuba);
- die für Beziehungen mit dem westlichen Ausland bedeutsame Menschenrechtssituation sei im Vergleich zu China weniger dramatisch dokumentiert. Vor allem sei die vietnamesische Armee bisher nicht gegen das Volk eingesetzt worden.

Diesen fünf reformstützenden Unterschieden stellt Williams eine Reihe von Faktoren gegenüber, die die Legitimation der kommunistischen Führung in Frage stellen: (1) Die kommunistische Partei Vietnams regiere im Norden zwar bereits seit vier Jahrzehnten, im Süden des Landes jedoch erst seit 1975 und hier mit deutlich weniger Rückhalt in der Bevölkerung. (2) Seit der Wiedervereinigung des Landes 1975 sei die Unterstützung der Politik durch die Massen deutlich geringer geworden, was sich unter anderem im Mitgliederschwund der Kommunistischen Partei Vietnams bemerkbar mache. (3) Die wirtschaftlichen Reformen fielen im Süden des Landes, der auf marktwirtschaftliche Erfahrungen aus vorkommunistischer Zeit zurückgreifen kann, auf fruchtbareren Boden als im Norden. (4) Der Prozeß der Entstehung einer „civil society“ sei in Südvietnam deutlicher erkennbar. (5) Der Kollaps der Sowjetunion habe nicht nur zu wirtschaftlichen Problemen geführt, sondern auch eine psychologische Krise in der kommunistischen Führung hervorgerufen (Williams 1992: 84–89). Das grundlegende, den gesamten Reformprozeß durchziehende Prinzip auf Seiten des Staates kann daher wie folgt zusammengefaßt werden: „In Vietnam the separation of economic from political reform is thought to be possible, with preference given to an economy whose radical transformation will rest on political stability.“ (Mikheev 1990: 317).

Das vielbeschriebene Dilemma, das sich aus dieser Haltung ergibt, ist die Frage nach der Bedeutung des Sozialismus für Vietnam. Die von Elliott (1993: 65) auf diese Frage hin zitierte Antwort des 7. Parteikongresses der Kommunistischen Partei Vietnams 1991 läßt sich wie folgt zusammenfassen: Sozialismus wird von der Parteiführung als eine Gesellschaftsform verstanden, in der ein befreites Volk und eine befreite Arbeiterschaft die Kontrolle über ein Land übernommen haben, dessen Ökonomie hochentwickelt ist und das über eine fortschrittliche nationale Kultur verfügt. Begriffe wie soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Einheit, ebenso wie Gleichberechtigung, gegenseitige Unterstützung und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt gelten als weitere unabdingbare Merkmale von Sozialismus. Vietnamesischen Publikationen zufolge werden unter den Mitgliedern der politischen Führung des Landes unterschiedliche Auffassungen darüber vertreten, wie die Prinzipien der Marktwirtschaft am effektivsten eingesetzt werden können, um das ökonomische Wachstum voranzutreiben und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt sichergestellt werden können. Während eine Auffassung besagt, daß für die Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit zunächst einmal das wirtschaftliche Wachstum als Grundvoraussetzung in einem ersten Schritt geschaffen und gefestigt werden muß, vertreten andere die Ansicht, daß der Staat gefordert ist, ausgewogene politische Maßnahmen für die Entwicklung und Regulierung beider Aspekte vorzulegen. Die Rolle des Staates im Reformprozeß sei es daher, planend, regulierend und unternehmerisch zu operieren (Vu 1994: 81). Die Definition von Sozialismus im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und die stärker marktorientierten Reformen zeigen deutlich das Dilemma, in dem sich der vietnamesische Reformprozeß befindet, aber auch die Vorgehensweise der Führung, die ideologische Inhalte der Situation sehr pragmatisch anzupassen versucht. Diese Verfahrensweise spiegelt sich ebenfalls in den

anderen Teilsystemen der vietnamesischen Gesellschaft wider, so u.a. auch im Bildungswesen, wie im folgenden aufzuzeigen sein wird.

### 3 Wesentliche Transformationsprozesse im Hochschulwesen Vietnams seit 1987

Offizielle Verlautbarungen zur Erneuerung des Bildungssystems werden in Vietnam fast immer unter Berufung auf die Führungsrolle der Partei im Transformationsprozeß gemacht. Seit der Revision von 1992 genießen Erziehung und Ausbildung in der vietnamesischen Verfassung formal nationale Priorität.<sup>2</sup> Aufgrund des langjährigen chinesisch-konfuzianischen Kultureinflusses in Vietnam konnte das Land in der Bevölkerung bisher auf ein vergleichsweise gut entwickeltes Bewußtsein für die grundsätzliche Notwendigkeit von Bildung als Chance für den sozialen Aufstieg zurückgreifen. Nach 1945 unternahm die Regierung Nordvietnams unter Ho Chi Minh zahlreiche Anstrengungen, um große Bevölkerungsmassen mit Hilfe der von europäischen Missionaren entwickelten Quoc Ngu-Schrift<sup>3</sup> zu alphabetisieren. Die Alphabetisierungskampagnen nach 1945 und im wiedervereinigten Süden nach 1975 werden in der Literatur häufig angeführt, um die im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern hohe Alphabetisierungsrate Vietnams zu erklären.<sup>4</sup> Diese Fakten können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß seit der Konsolidierung des Reformkurses im Bildungsbereich steigende Wiederholer- und Dropoutraten verzeichnet wurden, und daß insbesondere im Grund- und Hochschulbereich ein wachsender Lehrermangel entstanden ist.

Im Hochschulwesen haben die Veränderungen in den Teilsystemen Wirtschaft, Politik und Soziokultur verschiedene staatlich intendierte Transformationsprozesse ausgelöst, die im Rahmen dieses kurzen Beitrages nur skizziert werden können. Es handelt sich dabei zunächst um die Prozesse der *Diversifizierung der finanziellen Ressourcen, der Internationalisierung des vietnamesischen Bildungssystems durch eine Strukturreform, der Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, der Verrechtlichung im Hochschulwesen* und der verstärkten Bemühungen des Systems zur *Entwicklung von Bildungseliten*. Diese vom zentralistisch strukturierten politischen Teilsystem, wenn nicht initiierten, so doch in vielen Fällen gestützten Veränderungen, werden von Trends begleitet, die von der Staatsführung u.a. auch in Hinblick auf die oben beschriebenen Grundvoraussetzungen politischer Stabilität und gesellschaftlicher Harmonie als dem positiven Gesamtentwicklungsprozeß eher abträglich und somit als dysfunktional im Sinne Sandschneiders (1995) bewertet werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um den zunehmenden *Wertewandel* unter Studierenden, der mit einer deutlichen fachlichen Reorientierung der vietnamesischen Studentenschaft<sup>5</sup> einhergeht, sowie um einen stillschweigenden „*brain drain*“ hochqualifizierter junger Nachwuchswissenschaftler vom Hochschulsystem in die besser zahlende freie Wirtschaft, bei gleichzeitigem Rückzug älterer, häufig noch in den ehemaligen sozialistischen Bruderländern promovierten und habilitierten Hochschulprofessoren ins Rentenalter.

#### 3.1 Diversifizierung finanzieller Ressourcen

Alle Studierenden, mit Ausnahme derjenigen im Lehramt, sind seit einigen Jahren verpflichtet, Studiengebühren, Prüfungsgebühren und Wohnkosten für die Unterbringung in universitären Studentenwohnheimen zu entrichten. Die Studiengebühren variieren seit 1998 von Hochschuleinrichtung zu Hochschuleinrichtung und von Fachdisziplin zu Fachdisziplin zwischen 0,6 und 0,9 Millionen VND/Semester,<sup>6</sup> nachdem es in den Jahren davor zu wesentlich stärkeren Unterschieden gekommen war, da die Universitäten



versuchten, den überzogenen studentischen Andrang an einzelne subjektiv als „aus-sichtsreich“ bewertete Fachdisziplinen mit Hilfe erhöhter Studiengebühren zu drosseln. Das politische System reagierte auf diesen Trend mit einer weiteren Rechtsverordnung, die den Rahmen für den Studiengebühreneinzug festlegte. Staatliche Stipendien werden seit einigen Jahren auf drei Niveaus (100%, 75% und 50%) vergeben. Die Stipendien-vergabe erfolgt nach Leistungs- und Sozialkriterien. Ausländischen Vorbildern folgend ist in jüngster Zeit mit der Vergabe von zinsgünstigen Studienkrediten durch die viet-namesische Nationalbank experimentiert worden. Nach Aussagen des Ministeriums für Erziehung und Ausbildung in Hanoi kommen Kreditverträge jedoch nur in äußerst seltenen Fällen zustande, da die Kreditinstitute an der Rückzahlungsfähigkeit der Studie-renden begründete Zweifel hegen.

Universitäten und Hochschulen haben auch im Rahmen des noch zu beschreibenden Dezentralisierungsprozesses das Recht erhalten, eigenständig Verträge mit öffentlichen und privaten Unternehmen zu unterzeichnen und verschiedene Formen von Dienst-leistungen in den Bereichen Weiterbildung und Auftragsforschung anzubieten, die den mageren Etat der Hochschuleinrichtungen aufstocken sollen. Hier ist es außerdem auch zu eher halblegalen Dienstleistungsangeboten durch die Universitäten, wie z.B. die Ver-mietung von Räumlichkeiten, Wohnheimen und Gewerbeflächen auf dem Campus ge-kommen. Seit Beginn der 90er Jahre sind eine Anzahl von heute insgesamt 16 privaten Hochschuleinrichtungen gegründet worden, die zumeist in den größeren Städten liegen und exklusiv und bedarfsorientiert moderne Studiengänge wie Wirtschaftsmanagement, nationales und internationales Recht, Tourismusstudien, Telekommunikation und Fremd-sprachen anbieten. Diese Universitäten verfügen zumeist aus Kostenerwägungen nicht über einen festen Stamm von Lehrenden, sondern schöpfen aus dem Pool hervorragender Dozenten und Dozentinnen der staatlichen Hochschulen, denen aus dieser Honorartätig-keit dringend benötigte Nebeneinkünfte erwachsen. Offenbar hat die damit verbundene Überlastung der Hochschullehrenden zu Defiziten in der Lehre an den Stammuniversi-täten geführt und ist deshalb ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik an den privaten Einrichtungen geraten. Parallel zu den o.g. Veränderungen wird seit einigen Jahren ver-stärkt eine Kampagne „Zur Vergesellschaftlichung von Bildung“ (Van Dong Xa Hoi Hoa Giao Duc) lanciert, die ein öffentliches Bewußtsein für das private Engagement im Bildungsbereich stärken soll. Der Mißbrauch dieser Kampagne, der zu überzogenen zu-sätzlichen Beiträgen der Elternschaft im Bereich Bildung geführt hat, ist ebenfalls immer wieder Ziel öffentlicher Kritik in den staatlichen Medien.

### 3.2 Internationalisierung durch Hochschulstrukturreform

Mit dem Ziel der verbesserten Effizienz und Qualität von Hochschulbildung ist seit 1994 mit der Zusammenlegung kleinerer, spezialisierter Hochschulen zu Nationaluniversitäten und Regionaluniversitäten begonnen worden. Im Jahre 1994 ist so auf der Basis von drei Hochschuleinrichtungen – der Universität Hanoi, der Fachhochschule für Lehrerbildung Hanoi und der Fachhochschule für Fremdsprachenlehrer – die Nationaluniversität Hanoi entstanden. Ursprünglich war geplant, noch weitere Universitäten Hanois zu integrieren, so z.B. die Technische Universität, die Universität für Nationalwirtschaft, die Universität für Jura u.a. Dieses Vorhaben ist jedoch bisher am Widerstand der genannten Univer-sitäten gescheitert; sie befürchten, daß die Eingliederung in die Nationaluniversität ihre traditionelle Autonomie besonders in bezug auf den kargen staatlich gewährten Hoch-schuletat einschränken und sie von der direkten Verbindung zum Ministerium für Erzie-hung und Ausbildung abtrennen könnte. Ziel der Zusammenlegung war u.a. die Rationa-

lisierung kostenintensiver, sich überlappender Studiengänge und die Reorganisation von Hochschulbildung nach internationalen Standards. Die drei Mitgliedsuniversitäten der Nationaluniversität Hanoi wurden nach ihrer Zusammenlegung in die Fakultäten für Naturwissenschaften und Sozial- und Geisteswissenschaften (Dai Hoc Khoa Hoc Tu Nhien & Dai Hoc Khoa Hoc Xa Hoi Nhan Van) umstrukturiert. Im Jahre 1995 wurde in einem ähnlichen Verfahren die Nationaluniversität Ho Chi Minh Stadt auf der Grundlage von neun Hochschuleinrichtungen gegründet. Ähnlich sind die Regionaluniversitäten Hue, Thai Nguyen und Da Nang aus der Zusammenlegung verschiedener Hochschulen hervorgegangen. Weitere Universitäten mit einem breiteren Angebot an Fakultäten bestehen in Can Tho, Da Lat und Tay Nguyen.

Gestützt auf eine Grundsatzentscheidung aus dem Jahre 1996 ist außerdem die Errichtung von sechs „community colleges“ nach amerikanischem Vorbild in Zusammenarbeit mit der Universität Amsterdam in Angriff genommen worden. Bei diesem Pilotprojekt handelt es sich um den Versuch, auch in den Provinzen eine hochqualifizierte Fachhochschulbildung in technischen Disziplinen anzubieten und so der zunehmenden Landflucht der Jugend via Hochschulbildung entgegenzuwirken. Ferner soll mit dem Programm insbesondere Abiturientinnen der Zugang zu einer qualifizierten Hochschulausbildung erleichtert werden.

In den vergangenen Jahren sind zwei sogenannte „offene Universitäten“ in Hanoi und Ho Chi Minh Stadt gegründet worden, die derzeit jedoch aufgrund zahlreicher Kritik am qualitativen Standard ebenso Aufnahmeprüfungen abhalten wie die anderen öffentlichen Universitäten. Allerdings können auch diese Einrichtungen hervorragenden Abiturienten und Abiturientinnen auf der Grundlage des Abiturzeugnisses die Teilnahme an der Aufnahmeprüfung erlassen. Trotz des ideellen Anspruches, in großem Umfang Fernstudien anzubieten, sind die „offenen“ Universitäten aufgrund ihres dringenden Bedarfs an den Studiengebühren der Direktstudierenden auf die Organisation und Durchführung normaler Regelstudiengänge angewiesen. Darüber hinaus mangelt es insbesondere der süd-vietnamesischen Einrichtung bereits seit 1990 an einer ministeriell beglaubigten Rechtsgrundlage, was zu zahlreichen verwaltungstechnischen und organisatorischen Unsicherheiten und Problemen geführt hat.

Im Jahre 1990 wurde in Anlehnung an internationale Modelle ein Credit-System an den vietnamesischen Hochschuleinrichtungen eingeführt, das darauf abzielte, den Studierenden mehr Selbstverantwortung und Zeit für Eigenstudien einzuräumen. Zeitgleich mit der Einführung dieses Credit-Systems sollte ein zweistufiges Regelstudium durchgesetzt werden, das in ein 1,5–2jähriges Grundstudium und ein 2–3jähriges Hauptstudium gegliedert ist. Der Übergang zwischen den beiden Stufen sollte durch eine zusätzliche Zwischenprüfung geregelt werden. Nachdem es in den betroffenen Hochschulkreisen und unter den Studierenden zu scharfer Kritik an dieser zusätzlichen Zwischenprüfung gekommen ist, ist die Prüfung 1998 offiziell abgeschafft worden.

Die Hochschulreform umfaßte zudem die Erweiterung des Angebotes an unterschiedlichen Studiengängen. So sind In-Service-Studiengänge, Kurzzeit- und Fernstudiengänge revidiert, umstrukturiert und erweitert worden. Insbesondere haben die In-Service-Studiengänge eine große Nachfrage erlebt, da sie es erlauben, bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung einen (zusätzlichen) Hochschulabschluß zu erwerben. Auch in diesem Bereich ist es zu scharfer gesellschaftlicher Kritik an den qualitativen Standards gekommen. Zu den Reformbemühungen im Hochschulwesen gehörten außerdem Projekte zur Curriculumrevision und zur Erneuerung von Lehrmethoden und -materialien, wobei hier eine systematische Evaluation noch aussteht. Die Ausrichtung der Hochschulstrukturreform an internationalen Standards hat u.a. auch zu einer Zunahme von vietnamesischen



Auslandsstudierenden geführt. Seit 1992 sind auch selbstzahlende Studierende von den Behörden ermutigt worden, sich um Stipendien und Auslandsstudienprogramme zu bewerben. Große Austauschprogramme werden von Australien, Japan, Kanada, Frankreich, den Vereinigten Staaten und einigen ASEAN Staaten gefördert.

### 3.3 Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen

Bereits zu Beginn der Hochschulreformen im Jahre 1987 wurde auf Initiative der jährlichen Hochschulrektorenkonferenz und mit Billigung des Ministeriums für Erziehung und Ausbildung (MEA) durch eine entsprechende Verordnung mit der universitäts-internen, demokratischen Wahl einzelner Hochschulleitungen experimentiert. Aufgrund zahlreicher Verfahrensprobleme und -unsicherheiten ist das Experiment jedoch schon ein Jahr nach seinem Start wieder eingestellt worden. Gegenwärtig ernennt das zentrale MEA wieder die Hochschulrektoren, und zwar aus der Gruppe der von den jeweiligen Hochschuleinrichtungen vorgeschlagenen Kandidaten. Das Reformprogramm hat dazu geführt, daß die einzelnen Hochschuleinrichtungen größere Freiräume in der Gestaltung und Strukturierung ihrer Lehrinhalte insbesondere im Hauptstudium vorfinden und zudem die Organisation und Durchführung sowohl der Aufnahmeprüfungen als auch der Abschlußprüfungen übernommen haben. Während bis 1989 alle derartigen Prüfungen zentral durch das MEA und seine Dienststellen in den jeweiligen Provinzen durchgeführt wurden, werden die Aufnahme- und Abschlußprüfungen nunmehr dezentral an den jeweiligen Universitäten abgehalten. Prüfungsinhalte und -fragestellungen werden jedoch weiter vom MEA koordiniert. Auch in diesem Bereich ist es aufgrund der unzureichenden Entlohnung der Lehrenden und zunehmenden Einkommensscheiden unter den Studierenden zu Mißbrauch, Betrug und Erpressung von Geldern gekommen, die in der Presse heftig diskutiert werden.

Seit der Einführung des Credit-Systems und der zweistufigen Studienorganisation sehen sich zahlreiche Universitäten vor das Problem gestellt, veraltete und mit Detailinhalten überfrachtete Hochschulcurricula den neuen Bedürfnissen anpassen zu müssen. Mit dem Ziel der Anleitung und Hilfestellung bei der Bewältigung dieser Aufgabe hat das MEA im Jahre 1995 ein Modellcurriculum für die Grundstudiumsphase vorgelegt, das als Leitfaden für die Einrichtungen gedacht war und den jeweiligen Bedürfnissen der einzelnen Hochschulen angepaßt werden sollte. Aufgrund zahlreicher Unsicherheiten, insbesondere unter den kleineren Universitäten, wird das Modellcurriculum des MEA häufig weiterhin wie ein zentral vorgegebener Lehrplan verwendet.

### 3.4 Verrechtlichung

Bis zum heutigen Tag existiert in Vietnam kein alle Detailfragen erfassendes Hochschulrahmengesetz. Alle Reformmaßnahmen sind bis 1998 in über 170 zum Teil provisorischen Rechtsverordnungen und Dekreten, Bestimmungen und Rundschreiben sowie Resolutionen und Grundsatzpapieren erlassen worden, über die die meisten Hochschuleinrichtungen und selbst das MEA den Überblick verloren haben. Diese Transitions-gesetzgebung ist im Dezember 1998 durch die Verabschiedung des ersten allgemeinen Bildungsgesetzes durch die vietnamesische Nationalversammlung ergänzt worden. Das neue Gesetz ist im Juni 1999 in Kraft getreten. Erwartungsgemäß ist das Bildungsgesetz verhältnismäßig allgemein, was zu einer abwartenden Haltung an den einzelnen Hochschuleinrichtungen geführt hat. Die Hochschulleitungen warten zur Zeit auf die Verabschiedung einer Vielzahl von konkretisierenden Durchführungsbestimmungen.

### 3.5 Staatliche Ansätze zur Elitebildung

Staatliche Ansätze zur Elitebildung haben in Vietnam eine lange Geschichte. Mit Lernerfolgen und Leistung verbundene soziale Aufstiegschancen sind schon innerhalb des konfuzianischen Prüfungswesens eröffnet worden. Wenn hier dennoch die staatlichen Ansätze zur Elitebildung seit der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen in Vietnam als ein bedeutsamer Transformationsprozeß beschrieben werden, dann deshalb, weil es durch den verstärkten Selektionsprozeß auf dem Arbeitsmarkt zu neuen Eliteanforderungen gekommen ist, die nicht mehr allein mit Hilfe eines vorbildlichen politisch-ideologischen Lebenslaufs zu befriedigen sind. Vielmehr fordern besonders der boomende Privatsektor, aber auch Joint-Venture Betriebe und ausländische Unternehmen den Nachweis hervorragender Qualifikationen in allen neueren Technologiebereichen sowie zusätzlich Fremdsprachen- und Computerkenntnisse etc. Erste Schritte zur Heranbildung einer neuen, dynamischen Bildungselite sind inzwischen unternommen worden. Seit spätestens 1987/1988 hat die Bevölkerung des Landes den erhöhten Bedarf des freien Arbeitsmarktes an Qualifikationsnachweisen erkannt und mit großem Enthusiasmus darauf reagiert. Die vom Reformkurs der politischen Führung profitierenden Gesellschaftsschichten schicken seither ihre Kinder in unterschiedlichste Nachhilfekurse und Spezialklassen mit dem Ziel, durch den qualitativ besseren Unterricht die Chancen ihres Nachwuchses bei der Aufnahmeprüfung an einer hervorragenden Universität zu verbessern. Das hat dazu geführt, daß die mit Leistung verbundenen sozialen Aufstiegschancen innerhalb des soziokulturellen System wieder verstärkt wahrgenommen werden und die Akteure sich in zunehmendem Maße und mit vielerlei Mitteln um den Zugang zu ausgezeichneten Bildungseinrichtungen bemühen. Hatte der Staat dieser Entwicklung zunächst noch indifferent gegenüber gestanden, zeigte sich bereits in der revidierten Verfassung von 1992 (§ 35), nochmals bekräftigt durch die Parteiresolution von 1993 „Zur weiteren Erneuerung von Erziehung und Ausbildung“, ein Nachziehen der Politik in diesem Bereich. Der Bildungspolitik wurde hier konstitutionell nationale Priorität eingeräumt. Auf einer 1995 vom Bildungsministerium veröffentlichten Liste von „Handlungsprogrammen“ für den Zeitraum 1993–1995 wurde der Talentförderung ein eigenes Programm gewidmet.

Zusätzliche Begabteinrichtungen sind insbesondere auf voruniversitärer Ebene entstanden, so z.B. die Sekundarschulen Hanoi-Amsterdam, Phan Boi Chau (Nghe An), Lam Son (Thanh Hoa), Le Quy Don (Thai Binh), Le Hong Phong (Nam Ha), Tran Phu (Hai Phong), Hue Public School oder Le Hong Phong (Ho Chi Minh-City), (Ministry of Education and Training 1995: 22–67). Diese Schulen gelten als sichere Nachwuchsproduzenten für die Hochschuleinrichtungen. Ihre Schüler und Schülerinnen werden in vielen Veröffentlichungen als Zeugen für die Leistungsstärke der vietnamesischen Schülerschaft vorgeführt, da sie bei internationalen Olympiaden besonders in naturwissenschaftlichen Fächern gute bis sehr gute Erfolge erzielt haben. Interessant zu beobachten ist die durchgehende doppelte Bedeutung verschiedener Bildungsreformen als Maßnahmen zur Entlastung des Staates oder zum Zwecke der Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft auf der einen Seite und als Maßnahmen auf dem Weg zur Elitebildung auf der anderen Seite. Die als negativ bewerteten Nebenerscheinungen des Nachhilfeunterrichts und der Spezialklassen haben 1996 eine Kurskorrektur der Kommunistischen Partei Vietnams notwendig werden lassen. In der jüngsten Resolution „Zur strategischen Orientierung der Entwicklung von Erziehung und Ausbildung im Zeitalter der Industrialisierung, Modernisierung und Pflichten bis zum Jahre 2000“ heißt es nunmehr:

„Khong to chuc lop chon o cac cap hoc. Khong to chuc truong chuyen o tieu hoc va trung hoc co so, tru cac truong nang khieu ve nghe thuat va the thao“<sup>7</sup> (Keine Organisation von Auswahlklassen in allen Bildungsstufen. Keine Organisation von Spezialschulen in der Grundstufe und der Sekundarstufe I, mit Ausnahme der Begabenschulen im Bereich Kunst und Sport. – Übers. U.N.)

Damit reagierte die Partei auf die zunehmende Überbelastung der Kinder aus besser verdienenden Familien und auf die verstärkte Selektion bereits zu Beginn der Bildungskarriere. Auf der anderen Seite diente die Zusammenlegung verschiedener Hochschulen zu National- und Regionaluniversitäten auch der Steigerung des Prestiges und der internationalen Anerkennung der Einrichtungen und zielte darüber hinaus ab auf die Errichtung von sogenannten „centres of excellence“ (Ministry of Education and Training 1995: 107). Die Etablierung der Nationaluniversitäten in den Hauptstädten des Nordens und des Südens demonstriert ebenfalls ihre elitäre Stellung unter den Universitäten. Eine Rangliste der von den Studierenden und ihren Familien favorisierten Hochschuleinrichtungen existiert inzwischen, zumindest unter der Hand. Die Einführung von Studiengebühren und die Reform des Stipendienwesens unterstützen diesen Trend ebenso wie die neue Studienordnung. Die Einrichtung privatfinanzierter Hochschulen, die zum einen den staatlichen Bildungshaushalt entlasten und den vergrößerten Bedarf an Hochschulabsolventen mit abdecken soll, zum anderen auch als Ansatz zur Elitëbildung verstanden werden kann, ist ein weiteres Beispiel für die Doppelbedeutung staatlicher Reformmaßnahmen. In diesem Bereich ist jedoch noch nicht deutlich, inwieweit die jungen privaten Hochschuleinrichtungen die an sie gerichteten Erwartungen erfüllen können. Die Möglichkeit eines Doppelstudiums, die mit der Neuregelung der Zulassungsbestimmungen 1988 eröffnet wurde, hat zusätzlich dazu geführt, daß einige bevorzugte Studierende Zweitstudien in Form von Teilzeitstudiengängen aufnehmen und so ihre persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Die jüngste Studienordnung von 1993 berechtigt und ermutigt die Studierenden ausdrücklich bei guten Leistungen, Zweitstudien und/oder andere nebenfachliche Fortbildungskurse auch außerhalb der Universität zu belegen.<sup>8</sup> Die Versuche, über gesenkte Punktzahlen bei den Aufnahmeprüfungen an verschiedenen, nicht mehr attraktiv erscheinenden Universitäten,<sup>9</sup> die Zahl der Studierenden zu erhöhen, widerspricht dem Prinzip der Rekrutierung einer hochqualifizierten Bildungselite jedoch zutiefst, so daß man seit 1996 dazu übergegangen ist, an Universitäten mit geringem Zulauf die Studiengebühren zu senken und so einen Anreiz zur Aufnahme eines solchen Studienganges zu schaffen, ohne Zugeständnisse in Hinsicht auf die zu erbringende Leistung zu machen.

Der Hochschulreformkurs macht auf diese Weise deutlich, daß die als Folge der marktwirtschaftlichen Reformen entstandenen größeren Einkommensunterschiede zu Problemen in bezug auf gleichberechtigte Zugangs- und Studienbedingungen geführt haben – eine Entwicklung, die von politischer Seite zunächst noch gebilligt wird. Privatuniversitäten, zusätzliche Kurse in einer Fremdsprache oder in PC-Kenntnissen, Nachhilfeunterricht, neue Studienmaterialien und außeruniversitäre Prüfungsvorbereitung können nicht von allen Studierenden in Anspruch genommen werden. Hinzu kommen erschwerte Studienbedingungen durch Nebentätigkeiten, beengte und unhygienische Wohnbedingungen in den universitätseigenen Studentenwohnheimen und schlechtere schulische Voraussetzungen, die besonders ländliche Studierende betreffen.

### 3.6 Wertewandel, Landflucht und akademischer „brain drain“ aus dem Hochschulwesen

Seit der Einführung marktwirtschaftlich orientierter Reformen im Jahre 1986 sind in der Folge des modernen Qualifikationsbedarfs des Teilsystems Wirtschaft und der Öffnung

des Landes zahlreiche neue Fachbereiche entstanden. Dazu gehören u.a. Informatik, Kommunikationstechnologie, Wirtschaftsmanagement, Tourismus, Jura, Öffentliche Verwaltung, Außenhandel, Englisch und Chinesisch sowie Umweltwissenschaften.

Die Einrichtung dieser Fachbereiche hat die Institutionen vor das Problem gestellt, ausreichend qualifiziertes Hochschulpersonal zur Verfügung stellen zu müssen. Insbesondere auch das Defizit an muttersprachlichen Hochschullehrenden für die Fachbereiche Englisch und Chinesisch sowie die beschränkte Möglichkeit von studentischen Auslandsaufenthalten führen dazu, daß Studierende die Ineffektivität ihrer Studien deutlich spüren und – wenn möglich – ihre Arbeitsmarktchancen auf private Weise zu verbessern suchen. Westliche Touristen werden sich nicht selten in die Lage versetzt sehen, als kostenloses Trainingsobjekt für weniger zahlungskräftige Englischstudierende zu dienen, gleichgültig ob sie nun Muttersprachler sind oder nicht.

Seitens der Studierenden hat die veränderte Lage in Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Verschiebung der fachlichen Orientierung geführt, die sich in überproportional hohen Zuläufen zu bestimmten Hochschuleinrichtungen und Fachbereichen äußert und die bereits Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt verursacht hat. Aufgrund fehlender Arbeitsmarktprognozen, Graduiertenverbleibsanalysen und mangelhafter universitärer Studienberatung ist die Studienfachwahl der Studierenden zwangsläufig von subjektiven Einschätzungen der Elternschaft geprägt. Eine in den Schuljahren 1991/1992 und 1992/1993 in Südvietnam unter 136 Sekundarschülern und 64 Bildungsadministratoren durchgeführte Untersuchung zeigte diese Verschiebungen verhältnismäßig deutlich (Nguyen 1995: 42–43). Unter verschiedenen weiterführenden Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich planten 95% der befragten Sekundarschüler, die Aufnahmeprüfung an einer Universität zu absolvieren. Erst an zweiter Stelle rangierten berufliche Fachmittelschulen, private und öffentliche berufliche Bildungseinrichtungen. Der traditionelle „Königsweg“ Primarstufe, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II, Universität wurde damit wiederum als bevorzugt bestätigt. Auf ihre Studienfachwahl an der Hochschule angesprochen, konzentrierten sich die damals Befragten vornehmlich auf fünf Fachbereiche: Elektronik, Verwaltung – Büro, Medizinische Disziplinen, Tourismus, Postdienst und Kommunikationstechnologie. Der Trend der fachlichen Reorientierung der Studierenden wird von einer zunehmenden Landflucht der Jugend über das Hochschulwesen begleitet. Interviewaussagen verschiedener Hochschulrektoren zufolge kehrt nur ein sehr geringer Anteil der aus ländlichen Regionen stammenden Hochschulabsolventen in ihre Provinzen zurück, während der Großteil sich um Anstellungen in den größeren Städten und Industriegebieten bemüht.

Gleichermaßen mißtrauisch beobachtet die politische Führung zur Zeit Tendenzen, die in den Medien als „soziale Übel“ oder „schleichende Verwestlichung“ bezeichnet werden. In einem Artikel der Zeitschrift „Bildungsentwicklung“ listete Tam Mac im Januar 1995 zehn soziale, studentische Übel auf, als deren Ursache die Einführung der Marktwirtschaft und die dadurch entstandene freizügigere Lebensweise genannt und zu deren Bekämpfung Führungskräfte aller Ebenen, Wissenschaftler, das Bildungsmanagement sowie die großen Sozialorganisationen, insbesondere der kommunistische Jugendbund und der Studentenbund aufgefordert werden (Mac 1995: 30–31). Die aufgelisteten „Übel“ äußern sich laut Autor in folgenden negativen studentischen Verhaltensweisen: Betrug und Bestechung bei Prüfungen, Leistungskontrollen und -bewertungen; vielfältige Formen des Glücksspiels in Studentenwohnheimen; überzogene sexuelle Freizügigkeit unter Studenten und Studentinnen, die zu Abtreibungen und Selbstmordversuchen bei Studentinnen führt; verbreiteter Aberglaube; Alkoholismus und Drogenabhängigkeit; vermehrte Eröffnung von Studentencafés; Diebstähle in Studentenheimen und

Vergeltung für Diebstähle, die u.a. auch zur ungerechtfertigten Beschuldigung Unschuldiger mit der Konsequenz von Selbstmordversuchen führten; Zirkulation und Konsum von nicht zensierten Videos und moralisch verwerflichen Gegenständen; hygienische Disziplinlosigkeit und Unordnung in den Studentenwohnheimen; Konsumorientierung und Wettkämpfe mit Konsumgütern (studentische Motorradwettfahrten im Zentrum von Hanoi und Ho Chi Minh Stadt).

In der ministeriellen Evaluation von zehn Jahren Erneuerungspolitik im Bildungsbereich konstatiert der zitierte Bericht für die Bereiche Familie, Bildungseinrichtungen und Gesellschaft folgende Erscheinungen, die die Lebensführung und -planung der Schüler- und Studentenschaft maßgeblich und negativ beeinflussen: Als erstes führten Verwöhnung und Konsumorientiertheit, Egoismus und Egozentrismus unter den Studierenden aus wohlhabenderen Familien zu verminderten Familien- und Nachbarschaftsbindungen und mangelndem Gemeinschaftsbewußtsein. Zweitens zögen Vernachlässigung und ständiger Kampf um die Existenz bei weniger einkommensstarken Familien eine latente Anfälligkeit des Nachwuchses für soziale Laster im Umfeld der Schulen und Universitäten nach sich. Ferner werde an den Bildungseinrichtungen eine Zunahme von Betrugsdelikten bei Prüfungen und anderen Leistungskontrollen sowie eine höhere Gewaltbereitschaft gegen die Lehrenden verzeichnet. Das im Fach Moral und Ethik benotete studentische Moralverhalten werde im nationalen Maßstab insgesamt weniger gut bewertet als früher. Schließlich nähmen Individualismus, Selbstsucht sowie materielle Konsumorientiertheit in der Gesellschaft zu. Kollektivinteressen und Gemeinschaftsbewußtsein sowie gesellschaftliches Engagement träten weiter in den Hintergrund. Die Anzahl straffälliger Studenten und Studentinnen habe seit 1986 jährlich zugenommen. Die Ursache für diese Entwicklungen wird in dem Bericht u.a. in dem schlechten Einfluß nichtzensierter Videos, Filme und Bildmaterialien sowie in dem erhöhten Drogenkonsum gesehen (Bo Giao Duc Va Dao Tao 1997: 36).

Besonders betroffen von den weitreichenden Veränderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind neben den Studierenden die Lehrenden an Hochschulen. Waren bis 1989 noch regelmäßig Universitätsabsolventen zu postgraduierten Studien in die verschiedenen Ostblockländer entsandt worden, ist diese kostengünstige Rekrutierungsquelle seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion versiegt. Das hat in den vergangenen zehn Jahren zu einer rapiden Überalterung des akademischen Hochschulpersonals geführt, die bei der Betrachtung des Lehrkörpers unter Ausblendung des Qualifikationsniveaus noch weitgehend verborgen bleibt. So waren einer Erhebung von 1991 zufolge von 6 944 akademischen Angestellten an 35 Hochschuleinrichtungen damals 55,4% älter als 41 Jahre und 22% hatten das 51. Lebensjahr überschritten. Deutlicher tritt das Problem der Überalterung des Hochschulpersonals jedoch erst zu Tage, wenn man die Altersstruktur nur derjenigen Lehrenden mit postgraduiertem Abschluß betrachtet. Von den 1991 befragten ordentlichen Professoren hatten bereits 100%, von den außerordentlichen Professoren 96,7% und von den Doktores (Diss. A und B) immerhin schon 70,4% das 51. Lebensjahr überschritten. Von den postgraduierten Hochschullehrenden mit einer Dissertation A (Kandidat der Wissenschaften) waren bereits 41% älter als 51 Jahre (Pham & Sloper 1995: 99). Im Studienjahr 1995 waren von den insgesamt 21 484 Hochschullehrern lediglich 210 Personen ordentliche Professoren (0,98%) und weitere 1 063 hatten außerordentliche Professorenstellen (4,6%) inne (World Bank 1997: 29). Nur ein Jahr später hatte sich die Zahl der ordentlichen Professoren (unter anderem durch den Eintritt ins Rentenalter) von 210 auf 164 reduziert; bei den außerordentlichen Professoren war ein Rückgang von 1 063 auf 968 Personen zu verzeichnen. Auch die Zahl der Lehrenden mit Doktorgrad ist zwischen 1995 und 1996 von 245 auf 186 Dozenten

zurückgegangen (Tran 1996: 371). Weitere Lehrende, insbesondere die in den ehemaligen Ostblockstaaten Promovierten und Habilitierten, stehen kurz vor dem Eintritt ins Rentenalter. Laut Prognose des bereits mehrfach zitierten Evaluationsberichts des Bildungsministeriums sollen bis zum Jahre 2000 noch mehr als 3 000 Personen pensioniert werden (Bo Giao Duc Va Dao Tao 1997: 185). Zu diesem grundsätzlichen Mangel an Hochschuldozenten und dem Verlust durch die Überalterung kommen zwei weitere Aspekte, die die Situation mitbeeinflussen. Zunächst ist die ungleichmäßige regionale Verteilung der wenigen qualifizierten Hochschullehrer und -lehrerinnen zu nennen, die bereits Anfang der 90er Jahre dazu beigetragen hat, daß besonders das Rote Fluß Delta und speziell die zahlreichen Hanoier Universitäten mit 50,8 % mehr als die Hälfte des gesamten höher qualifizierten Hochschulpersonals auf sich konzentrierten (Pham & Sloper 1995: 98). So weist eine Aufstellung für das Studienjahr 1992–1993 für einige Universitäten, z.B. die Medizinische Universität Hue, nur einen einzigen ordentlichen Lehrstuhl aus, während die Medizinische Universität Hanoi 39 ordentliche Lehrstühle vorweisen kann (Pham 1994: 97). Auf die verschiedenen Fachrichtungen verteilen sich die Hochschuldozenten mit postgradualer Qualifikation zumindest noch Anfang der 90er Jahre verhältnismäßig ungleichmäßig. Hier entfielen auf die technischen Fachgebiete ca. 22%, auf die Geistes- und Sozialwissenschaften ca. 15%, auf die ökonomischen Fachbereiche 11,6%, auf die Agrar- und Forstwissenschaften nur noch 11,2% und auf die medizinisch-sportlichen Disziplinen lediglich 6,5% aller Hochschuldozenten mit Doktorgrad (Pham & Sloper 1995: 101).

Zu dem Problem der Abwanderung von postgraduierten Hochschuldozenten durch Überalterung tritt außerdem der Mangel an jungem Nachwuchspersonal für die Universitäten. Aufgrund der im Verlauf des Transformationsprozesses notwendig gewordenen Reform der postgraduierten akademischen Grade ist erst im Jahre 1991 ein gesetzlicher Beschluß zur Organisation und Durchführung von modernisierten postgraduierten Studiengängen auf internationalem Niveau verabschiedet worden. Die Tatsache, daß das Defizit an postgraduierten Hochschullehrern und -lehrerinnen in etwa zeitgleich mit dem erhöhten gesellschaftlichen Bedarf an Hochschulabsolventen und der Öffnung der Universitäten für Selbstzahler sowie der Einrichtung von privaten Universitäten einherging, hat den bis heute schlecht bezahlten Hochschulangestellten verschiedene Möglichkeiten des Nebenerwerbs eröffnet, die sich mehr oder weniger negativ auf den öffentlichen Hochschulsektor auswirken. Der vielbeklagte „brain drain“ von Universitätsabsolventen aber auch von jungen Postgraduierten mit Master- oder Doktorgrad in die besser zahlende freie Wirtschaft und Forschung ist ein in der vietnamesischen Presse und Fachliteratur bisher wenig diskutierter Aspekt, über den kaum Zahlenmaterial o.ä. vorliegt. Besorgnis erregt an den öffentlichen Universitäten die Tatsache, daß weiterhin etwa die Hälfte aller Lehrenden auf Nebenerwerbseinkommen angewiesen sind und daher jede Gelegenheit nutzen, zusätzliche Honorarverträge mit den jungen privaten Hochschuleinrichtungen einzugehen. Das ermöglicht ihnen den Vorteil, eine staatliche Festanstellung (*bien che*) mit gut dotierten Honorareinnahmen an den privaten Einrichtungen zu verbinden. Insbesondere werden von den jungen Privatuniversitäten Dozenten der oben beschriebenen attraktiven Fachrichtungen angeworben, was dazu führt, daß die betroffenen Hochschuldozenten einer Doppelbelastung ausgesetzt sind, die sie zu Lasten ihrer Lehrtätigkeit an der schlechter zahlenden, staatlichen Hochschule auf sich nehmen. So sind Hochschuldozenten nach staatlicher Richtlinie jährlich zwar nur zu ca. 200 Unterrichtsstunden verpflichtet. Die tatsächliche Unterrichtsstundenzahl beträgt jedoch bereits allein an den öffentlichen Universitäten je nach Studierendenzulauf in bestimmten Fachbereichen bis zu 1 000 Stunden pro Hochschullehrer (Bo Giao Duc Va Dao Tao



1994: 82). Es ist kaum verwunderlich, daß bei einer derartigen Lehrbelastung die Forschungstätigkeit an öffentlichen Universitäten häufig zurückgestellt wird, insbesondere wenn weitere private Verpflichtungen der Lehre eingegangen worden sind. Staatliche Bemühungen um Schadensbegrenzung in diesem Bereich finden hauptsächlich in Form von Anreizen und Planvorgaben zur Teilnahme an postgraduierten Studien und Refresher-Kursen, in Form von Neubewertungen der vor 1989 erworbenen akademischen Grade sowie in Form der Anhebung des Renteneintrittsalters für Hochschulprofessoren statt.

#### 4 Schlußfolgerungen

Die seit der offiziellen Einführung marktwirtschaftlicher Reformen im Jahre 1987 initiierten Reformmaßnahmen und Veränderungen im Hochschulwesen Vietnams machen deutlich, daß im wesentlichen fünf größere Transformationsprozesse im Hochschulwesen des Landes zu beobachten sind, die in ihrem Verlauf verschiedene nichtintendierte Folgeerscheinungen mit sich gebracht haben. Es handelt sich erstens um die Diversifizierung der finanziellen Ressourcen, zweitens um die Internationalisierung des Hochschulsystems durch eine umfassende Strukturreform, drittens um die Dezentralisierung von Entscheidungsmechanismen, viertens um die Verrechtlichung des Hochschulwesens und schließlich um verstärkte Ansätze zur Elitebildung und die damit forcierte Segmentierung von Bildungschancen. Als systemintern zunächst unbeachtet gebliebene und im Verlauf der Transition zunehmend wahrgenommene und verarbeitete Folgeerscheinungen sind der Wertewandel unter Studierenden und der „brain drain“ von Hochschullehrern in die Wirtschaft beschrieben worden. Auf der Basis dieser Beobachtungen werden im folgenden Zusammenhänge und Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Prozessen aufgezeigt, die deutlich machen, daß die einzelnen Veränderungen im Hochschulsystem durch parallel in anderen Funktionssystemen ablaufende, intern und extern ausgelöste Transformationen entstanden sind.

Betrachtet man vor dem Hintergrund der jüngeren Systemwechseltheorie die drei Komplementärsysteme Wirtschaft, Politik und Soziokultur, so wird deutlich, daß die Legalisierung von Marktmechanismen durch das politische Funktionssystem im Jahre 1987 und das von hier neu definierte Ziel der Reintegration in die internationale Gemeinschaft für das vietnamesische Wirtschaftssystem die Möglichkeit eröffnet haben, über gestaffelte Vergütungen und neue Auswahlmechanismen eine Situation zu schaffen, in der Hochschulabsolventen nach Arbeitsmarktbedürfnissen selektiert werden und ein zunehmender Bedarf an in bestimmten Disziplinen qualifiziertem Personal entwickelt wurde. Um seiner Funktion im veränderten Kontext wieder gerecht werden zu können, mußte das Hochschulsystem sich diesen neuen Arbeitsmarkterfordernissen und Auswahlkriterien anpassen und innerhalb der Strukturreform nicht nur die Einrichtung entsprechender neuer Fächer, sondern auch die organisatorische Kompatibilität des Systems mit den internationalen Hochschulsystemen zwecks der Teilnahme an Austauschprogrammen und Hochschulförderungsprojekten anstreben. Gleichzeitig sollte es jedoch Anforderungen des politischen Systems gerecht werden, die sich auf die Stützung der ideologisch und national-historisch begründeten Legitimation der Kommunistischen Partei Vietnams und deren Regierungsmonopol bezogen. In einer Situation, in der in der Folge wirtschaftspolitischer Reformen eine neue, in modernen Disziplinen ausgebildete Bildungselite entsteht, versucht das politische System durch sein Beharren auf Pflichtfächern marxistisch-leninistischer Ideologie und traditionellen Werten und Normen seine eigene, in den vorangegangenen Jahren der Wirtschaftskrise stark lädierte, politische

Legitimation zu stützen. Das auf diesem Hintergrund entstandene doppelte Anforderungsprofil sollte offenbar rechtlich durch die verschiedensten Verordnungen und Beschlüsse konsolidiert werden. Das langdiskutierte, jüngst verabschiedete erste Bildungsgesetz wird hier m.E. nur den vorläufigen Meilenstein eines länger andauernden Prozesses der Verrechtlichung bilden. Als zusätzlich zu bewältigendes Problem ist die allgemein zunehmende Ressourcenknappheit im Bildungsbereich zu nennen, die dazu geführt hat, daß das politische System dem Hochschulwesen als Teil des Funktionssystems Bildung vermehrte Eigeninitiative zur Mittelbeschaffung abverlangt. Im Rahmen der Verrechtlichung wurden studentische Eigenbeteiligung und Dienstleistungsangebote durch die Hochschuleinrichtungen legalisiert und somit die Diversifizierung der finanziellen Ressourcen im Hochschulbereich unterstützt.

Da sich die neuen finanziellen Quellen jedoch kaum zentral verwalten ließen, sah sich das politische System gezwungen, über die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen einerseits die zentrale Bildungsbehörde zu entlasten und andererseits sicherzustellen, daß die neuen Befugnisse durch die Akteure auf institutioneller Ebene nicht zu weiträumig ausgelegt werden und so das Machtmonopol der Zentrale potentiell in Frage gestellt werden kann. Darüber hinaus wird deutlich, daß innerhalb des soziokulturellen Systems verhältnismäßig früh und flexibel auf die neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarkterfordernisse reagiert wurde und auch die Entstehung der jungen, modern qualifizierten Bildungselite nicht nur zu verstärkten Einkommensunterschieden insbesondere im Stadt-Land-Verhältnis, sondern zudem zu einem Exodus der ländlichen Jugend via Hochschulbildung in Richtung der Großstädte geführt hat. Die durch staatliche Ansätze zur Elitebildung und durch die Diversifizierung finanzieller Ressourcen verstärkte Bildungssegmentierung hat für das soziokulturelle System zudem das Problem des gleichberechtigten Zugangs zu Hochschuleinrichtungen bedeutsamer werden lassen, das im politischen System wiederum aus stabilitätserhaltenden Gründen mit großer Aufmerksamkeit behandelt und beobachtet wird. Die fachliche Reorientierung der Studentenschaft, die Bildungssegmentierung und ihre Folgeprobleme sowie die Abwanderung von Hochschulangehörigen in besser zahlende Einrichtungen und andere Funktionssysteme scheinen derzeit von den Entscheidungsträgern im politischen System als intensivste dysfunktionale Irritationen wahrgenommen zu werden. Als Ausgleichsversuche können die Stipendienreform, die Darlehensvergabe durch Banken und diverse politisch-ideologische Kampagnen genannt werden. Angesichts dieses Maßnahmenkatalogs tritt die Abwägung der Kosten für im Rahmen von Kampagnen entstehende Repressalien und für das bloße Ignorieren der Benachteiligung breiterer Bevölkerungsteile durch die politische Führung in den Vordergrund, und es bleibt zunächst abzuwarten, wie lange es dauern wird, bis erste explizite Forderungen, sei es durch junge, neu entstehende Mittelschichten, sei es durch die Benachteiligten selbst, an die politische Führung herangetragen werden. Einzelne Forderungen sind bereits im Rahmen studentischer Protestaktionen zum Ausdruck gebracht worden. O'Donnell, Schmitter & Whitehead bemerkten bereits 1986:

„Once liberalization has been chosen ... one factor emerges which hangs like a sword of Damocles over the possible outcome. This is the fear of a coup that would not only cut short the transition but impose a regression to an even more restrictive and repressive mode of governance“ (23).

Eingebettet in den national-historischen Kontext können die systeminternen Bemühungen um ein Gleichgewicht zwischen politischer Ideologie, Stabilitätsbewahrung und wirtschaftlicher Modernisierung, die innerhalb des Hochschulwesens in dem beschriebenen, doppelten Anforderungsprofil kumulieren, auch als Entwicklungsprozeß zu einem

ersten, eigenständigen, nationalen Bildungssystem verstanden werden. Die vietnamesische Bildungsgeschichte zeigt sich nachhaltig geprägt von diversen fremdkulturellen Einflüssen, so z.B. dem chinesisch-konfuzianischen Bildungserbe, den französisch-kolonialen Hinterlassenschaften und schließlich sowjetischen und amerikanischen Bildungstraditionen. Die fortschreitende Entwertung des staatlichen Bildungsmonopols durch den Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt, wie er in Vietnam z.B. auch durch die Zulassung privater Hochschuleinrichtungen aktiv geschaffen wurde, stellt staatliche Hochschuleinrichtungen zunehmend unter Leistungszwang, sowohl in Hinblick auf Lehre und Forschung als auch in Hinblick auf die Gehaltspolitik, neue Dienstleistungsangebote und flexible Modelle der Mittelbeschaffung. Dabei ist es zu einer Hierarchisierung von Hochschuleinrichtungen gekommen, die sich einerseits an ihren wissenschaftlichen Leistungen und Kontakten aber auch an ihrer Ausstattung mit postgraduiertem Lehrpersonal ausrichtet und die durch externe Akteure wie beispielsweise die Weltbank im Rahmen von Projekten forciert wird (World Bank 1998). Zusammenfassend zeigt sich, daß Transformationsprozesse in den Bildungssystemen der Transitionsgesellschaften trotz national-historischer Traditionen und Besonderheiten vergleichbare Strukturen und Pfade aufweisen und daß sie systemisch in die Veränderungen in anderen Teilsystemen ihrer Umgebung eingebettet sind. Sinnvoll für das tiefergehende Verständnis von Transformationsprozessen in asiatischen Bildungssystemen wäre über diese Feststellung hinaus jedoch die intensivere Untersuchung systemexterner Anstöße und Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf die Bildungssysteme der Transitionsgesellschaften.

#### *Anmerkungen*

1. An dieser Stelle müssen Erklärungen zur wirtschaftlichen Situation des Landes nach Abzug der US-amerikanischen Truppen 1975, zur danach einsetzenden Flüchtlingsproblematik und zu ersten Kollektivierungsmaßnahmen der KPVN in Südvietnam unterbleiben.
2. Hien phap nuoc Cong Hoa Xa Hoi Chu Nghia Viet Nam, 1992 trich: Dieu 35: „Giao duc va dao tao la quoc sach hang dau.“(...). In: Phap luat ve quyen tre em o Viet Nam. NXB Chinh tri quoc gia. Hanoi 1994, S. 6.
3. Entwickelt wurde eine auf dem lateinischen Alphabet basierende Schrift mit diakritischen Tonzeichen. Im vorliegenden Beitrag wurde aus Gründen des Satzbaus auf die diakritischen Tonzeichen verzichtet.
4. 1995 mit 94% für männliche Erwachsene und 91% für weibliche Erwachsene beziffert (World Bank 1999: 193).
5. Diese Reorientierung äußert sich durch einen überproportionalen Zulauf zu bestimmten Fächern wie Wirtschaftswissenschaften, Jura, Anglistik, Informatik, Kommunikationstechnologie etc.
6. Offizieller Wechselkurs 1998: 1 US \$ = 13906 VND (Vietn. Dong).
7. Nghi quyet hoi nghi lan thu hai ban chap hanh trung uong dang (khoa VIII) ve dinh huong chien luoc phat trien giao duc- dao tao trong thoi ky cong nghiep hoa, hien dai hoa va nhiem vu den nam 2000. So 02-NQ/HNTW ngay 24.12.1996, Kap. IV.4, S. 43.
8. Qui che cong tac hoc sinh, sinh vien trong cac truong dao tao ban hanh theo: Quyet dinh so 1584/GDDT ngay 27.07.1993; Kap. II, §4.4, S. 9.
9. Darunter die Pädagogischen Hochschulen und die Hochschulen für Agrar- und Forstwirtschaft.

#### *Literatur*

- Arkadie, van B. (1993). Managing the Renewal Process in Vietnam. *Public Administration and Development*, 13, 435–451.
- Bo Giao Duc Va Dao Tao (1/1997). *Tong ket va danh gia muoi nam doi moi giao duc va dao tao (1986–1996)* Bao cao tong hop va chi tiet (Luu hanh noi bo). (Ministerium für Erziehung und Ausbildung.

- (1/1997). *Gesamtbericht und Evaluation von zehn Jahren Erneuerungspolitik in Erziehung und Ausbildung (1986–1996) Gesamtbericht und Details.*) Hanoi.
- Bo Giao Duc Va Dao Tao (1994). *Hoi nghi chuyen de: Nang cao chat luong dao tao bac dai hoc de dap ung yeu cau cong nghiep hoc hien dai hoa dat nuoc.* (Ministerium für Erziehung und Ausbildung. (1994). *Fachtagung: Anhebung des Ausbildungsniveaus auf Hochschulebene, damit den Anforderungen der Industrialisierung und der Modernisierung des Landes entsprochen werden kann.* ) Hanoi.
- Bürklin, W.P. (1993). *Die vier kleinen Tiger – die pazifische Herausforderung; Honkong, Singapur, Taiwan, Südkorea.* München: Wirtschaftsverlag Langen-Müller, Herbig.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformationen. (Hrsg.). (1997). *Länderreport Vietnam. Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1997.* Bonn: Bundesstelle für Außenhandelsinformationen.
- Chien luoc on dinh va phat trien kinh te – xa hoi den nam 2000. (1991). (*Strategie zur Konsolidierung und Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bis zum Jahr 2000* ) Hanoi: NXB Su That.
- Diehl, M. (1993). *Systemtransformation in Vietnam. Liberalisierungserfolge – Stabilisierungsprobleme* (Kieler Arbeitspapiere Nr. 557). Kiel: Universität, Institut für Weltwirtschaft.
- Elliott, D.W.P. (1993). Dilemmas of reform in Vietnam. In W.S. Turley & M. Selden (Eds.), *Reinventing Vietnamese socialism: doi moi in comparative perspective.* Boulder: Westview Press.
- Fforde, A. & Vylder, S. de. (1996). *From plan to market. The economic transition in Vietnam.* Boulder: Westview Press.
- Fritzsche, K. (1991). *Sowjetische Schocktherapie für Vietnam. Drastische Reduzierung der finanziellen Hilfe* (Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 30). Köln.
- Goodman, A.E. (1995). Vietnam in 1994. With peace at hand. *Asian Survey*, 35 (1), 92–99.
- Hien phap nuoc Cong Hoa Xa Hoi Chu Nghia Viet Nam.(1992) trich. In: Phap luat ve quyen tre em o Viet Nam. (1994) (*Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam 1992* ). Hanoi: NXB Chinh tri quoc gia.
- Mac, T. (1995). *Lam gi de khac phuc „thap nan“ trong sinh vien* (Wie kann man die zehn Übel der Studentenschaft beseitigen ). Tap chi „Phat Trien Giao Duc“, (1) 1995. Hanoi.
- Mare, G. (1991). Unification and the dialectics of (mal) integration in Vietnam. In R. Sutter & Q.S. Zhao (Eds.), *Politics in divided nations: China, Korea, Germany and Vietnam* (pp. 161–176). Baltimore. Occasional Papers No. 5.
- Mikheev, V.V. (1990). The social consequences of economic reforms in the non-European planned economies. *Labour and Society*, 15 (3), 315–329.
- Ministry of Education and Training. (Ed.). (1995). *Vietnam – Education and training directory.* Hanoi.
- Nguyen Van Huyen. *Huong nghiep cho hoc sinh pho thong: Tu dinh huong tu chon nghe.* (Berufsorientierung für Sekundarstufenschüler: Sich selbständig orientieren, selbständig einen Beruf wählen.) Thong Tin Nghien Cuu Giao Duc, (2) 1995. Ho Chi Minh Stadt.
- O'Donnell, G., Schmitter, P.C. & Whitehead, L. (Eds.). (1986). *Transitions from authoritarian rule – prospects for democracy.* (Vol. IV, Tentative conclusions about uncertain democracies). Baltimore: John Hopkins University Press.
- Pfeiffer, C. (1992). *Staat oder Markt – Gesellschaft oder Individuum? Hintergründe und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses in Vietnam.* Internationales Asienforum, (23). Hamburg.
- Pike, D. (1989). Origins of leadership change in the Socialist Republic of Vietnam. In R. Taras (Ed.), *Leadership change in communist states* (pp. 107–128). Boston: Unwin Hyman.
- Pham, M.H. (Ed.). (1994). *Ket qua nghien cuu ve giao duc dao tao (1991–1992).* Hanoi.
- Pham T.N. & Sloper, D. (1995). Staffing profile of higher education. In D. Sloper & Le Thac Can (Eds.), *Higher education in Vietnam. Change and response.* New York: St. Martin's Press.
- Porter, G. (1990). The politics of „renovation“ in Vietnam. *Problems of Communism*, 39 (3), 72–88.
- Sandschneider, E. (1995). *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung.* Opladen: Leske + Budrich.
- Südostasien aktuell.* (1999). Zweimonatschrift des Instituts für Asienkunde Hamburg. Heft 1, Januar 1999, 31 u. 72.

- Tran Trong Mieng u.a. (Eds.). (1996). *Chi nam dai hoc*. T.P. Ho Chi Minh: NXB Tre.
- Turley, W.S. & Selden M. (Eds.). (1993). *Reinventing vietnamese socialism. Doi moi in comparative perspective*. Boulder: Westview Press.
- Vu Tuan Anh (Ed.). (1994). *Vietnam's economic reform: results and problems*. Hanoi: Social Science Publishing House.
- Williams, M.C. (1992). *Vietnam at the crossroads*. London: Royal Institute of International Affairs.
- World Bank Country Study. (1997). *Vietnam-education financing*. Washington D.C.
- World Bank Vietnam Country Unit. (1998). *Project Appraisal Document No. 17235-VN for a Higher Education Project in Vietnam*. Hanoi.
- World Bank Development Report. (1999). *Knowledge for Development. 1998/1999*. Oxford: University Press.